

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bezugsgeldern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: Ein Quart monatlich 2.50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2.20 Reichsmark  
(ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Geschäftsstelle:  
und Redaktion: Altonaerstraße 2 / Fernsprecher: 17235 / Postfachkonto: Dresden Nr. 1869-  
Streckenkunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde. Mittwochs von 17 bis 18 Uhr  
für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen. Freitags von 16 bis 19 Uhr amtliche Sprechstunde  
Anzeigenpreis: Die neuankommene Monatszeitschrift oder deren Raum 0.55 RM. In Familien-  
anzeigen 1.20 RM. Für die Restmonate anschließend an den dreiwöchigen Teil einer Zeitschrift 1.50 RM.  
Inaugural-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Altonaerstraße  
2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer  
Anzahl besteht kein Anbruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang Dresden, Montag den 13. Januar 1930 Nummer 10

## Schändliches Klassenurteil im KSB-Prozess

Wehrt Anschläge auf den KSB ab / Antikommunistengesetz im Strafrechtsauschuß / Schwere Grubenexplosion  
in Frankreich / Einigung im Haag gegen die Arbeiter / Zörgelbelleterror wird fortgesetzt

Im Dienste Youngs

### 4 Jahre Gefängnis für revolutionäre Arbeiter

Am Sonnabend, mittags 12.30 Uhr, erfolgte die Urteilsverkündung gegen die revolutionären Arbeiter Dresdens. Was die Demokratie wert ist für Proletariat, wird durch dieses schändliche Klassenurteil eindringlich genug demonstriert.  
Die Arbeiter Herrmann und Jahnke erhielten je 7 Monate Gefängnis nach § 115 Absatz 1 und 2 des StGB und für das Tragen der Bundesfahnen des verbotenen Roten Frontkämpferbundes. Der Angeklagte Giesele erhielt drei Monate Gefängnis wegen Vergehens gegen die §§ 114 und 120 des StGB. Schäfer erhielt 6 Monate Gefängnis ebenso wegen des Auftragsparagrafen 115. Brode und Böwe erhielten je 4 Wochen Gefängnis. Dr. Angellanten Hansbach, Bogtänder, Schröpel, Schlier, Kungisch, Otto, Dehmel, Vogel und Zimmer wurden von der Anklage des Auftrags freigesprochen.  
Die zuletzt Genannten und Wiesner, Ringler, Schwanke, Kaufmann, Koch, Fehmann, Büchel, Haupt, Schmidt Otto, Schmidt Kurt, Grundmann, Träber, Bachmann, Lehmann, Kerschmar, Bellmann, Gierke, Müller, Wierling Sohn sind wegen Vergehens nach § 1 des Gesetzes vom 22. 3. 1921 zur Durchführung der §§ 177 und 178 des Berliner Friedensvertrages zu je 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten Reich, Thie und Mellerichmidt wurden freigesprochen.

Obgleich ein großes Zeugenaufgebot mobilisiert war zu dem Zweck, die angeklagten Arbeiter zu belasten, muß festgestellt werden, daß die erhobenen Beweisaufnahmen nicht aufrecht erhalten werden konnten. Trotz der größten Überprüfungen in den Auslagen von Kühns Polizeibeamten hat das Gericht es fertiggebracht, ein solch schändliches Urteil gegen die revolutionären Arbeiter zu fällen. Dabei verdient besonders hervorzuheben zu werden daß der Spruch gefällt wurde in Ausführung des Verfallter Friedensvertrages, der angeblich von der deutschen Bourgeoisie bekämpft wird. Zum Kampf gegen die revolutionären Arbeiter ist eben jedes Mittel recht. Besonders jetzt, da die deutsche Bourgeoisie im Haag verhandelt über die Durchführung des Youngplans in Deutschland, wird durch solche schändlichen Klassenurteile ebenso wie durch die fortgesetzten Provokationen der Polizei dem internationalen Finanzkapital demonstriert, daß die Bourgeoisie bereit ist, mit allen Mitteln den Kampf der Arbeiter gegen den Hunger niederzuschlagen. Wenn jetzt im Strafrechtsauschuß des Reichstages über ein neues Gesetz zur Anhebung der hundert Arbeitermassen beraten wird, so zeigt das, daß solche schändlichen Urteile, wie das

am Sonnabend gefällte, in Zukunft noch übertroffen werden sollen. Die Arbeiter aber werden der Klassenjustiz die Antwort nicht schuldig bleiben. In allen Betrieben und Arbeiterorganisationen muß die rote Hilfe in ihrem Kampf um die Klassenunterstützung werden. Heraus mit den proletarischen Klassenkämpfern aus den Kassekassen der Bourgeoisie! Das ist die Forderung, die aus allen Versammlungen der Arbeiter erhoben werden muß. Das ist die Forderung, um die sich das Proletariat scharf wird, um die Rechte der Massen zum Kampf gegen den Raubzug des internationalen Finanzkapitals zu mobilisieren. Das Kerferregime in Young-Deutschland wird niedergeworfen im Kampf gegen das kapitalistische System für die Diktatur des Proletariats.

### Bergarbeitermassengrab

Paris, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Im südfrensischen Braunkohlengebiet ereignete sich gestern ein schweres Explosionsunglück. Durch eine Kohlenstaubexplosion ist ein ganzer Schacht eingestürzt. Bisher konnten 6 Tote und 12 Schwerverletzte geborgen werden.

### Erste Dresdner UB-Parteiarbeiterkonferenz

## Eine Mahnung zu ernster Arbeit

Dresden, den 13. Januar 1930.  
Am gestrigen Sonntag tagte eine sehr gut besuchte Parteiarbeiterkonferenz der KPD, Unterbezirk Dresden, in den Annenläden. In zweifelhaftem Referat behandelte Genosse Koenig die politische Situation und die Aufgaben der Partei, wie sie in der Entscheidung der Landesparteiarbeiterkonferenz vom 22. Dezember 1929 festgelegt wurden. Die zweite Nationalisierungs- und offensive der Bourgeoisie muß durch Arbeit, Festigkeit und Disziplin in der Partei bei größter Laktivität der Zellen zur Durchführung der Arbeit beantwortet werden. Durch kollektive Verantwortlichkeit und Selbstkritik allein wird es gelingen, alle aufgetretenen Schwächen zu überwinden. In der sehr lebendigen Diskussion sprachen 15 Genossen über die bisher gemachten Erfahrungen und wiesen darauf hin, daß bei der Überwindung der sozialdemokratischen Tradition in der Partei die größte Energie aufgewendet werden muß, um die gesamte Mitgliedschaft zu aktivieren. Die von der Bezirksleitung vorgelegte Entschlüsse wurde einstimmig angenommen. (Die Beschlüsse der Landesparteiarbeiterkonferenz wurden in der Arbeiterstimme vom 23. Dezember 1929 und in dem Brief der Bezirksleitung vom 23. Dezember 1929 veröffentlicht.) Die erste Parteiarbeiterkonferenz des UB Dresden ist ein Ausgangspunkt für verstärkte Arbeit. Betriebsarbeiter, Jungarbeiterinnen disziplinierten. Sie brandmarkten die sozialdemokratischen Kreaturen des Truttkapitals, die in jeder Beziehung die brutale Klassenunterwerfungsmaschine der Ausbeuter fördern und wenn noch sozial Proleten dabei zugrunde gehen. Die Vorbereitungen zum Landeskongress der revolutionären Opposition, die Wirtschaftskämpfe und die Betriebsratwahlen müssen die Partei fest mit den Massen verbinden und jedes Mitglied muß seine Pflicht erfüllen. Die angenommene Entschlüsse, der Appell an die Mitgliedschaft, lautet:

#### Entschlüsse

Die Unterbezirksparteiarbeiterkonferenz des Unterbezirks Dresdner hebt geschloffen hinter den Beschlüssen der Landesparteiarbeiterkonferenz vom 22. Dezember 1929.  
Die Funktionäre verpflichten sich, diese Beschlüsse gemeinsam

mit dem Bezirkssekretariat durchzuführen und die Reorganisation der Partei im Unterbezirk sofort in Angriff zu nehmen.  
Die sich dauernd verschärfende Situation verpflichtet die Partei, viel entschlossener, entschlossener und kühner aufzutreten, die Kämpfe des Proletariats zu organisieren, auszulösen und zu führen.  
Die UB-Parteiarbeiterkonferenz verpflichtet sich, der gesamten Parteimitgliedschaft hegrellich zu machen, daß die gegenwärtig Situation den schärfsten Angriff gegen den Kapitalismus, gegen den National- und Sozialsozialismus, insbesondere gegen die demagogischen „linken“ Sozialdemokraten, erfordert.  
Der Kampf gegen die kapitalistische Nationalisierung, für die Befreiung der Arbeitszeit, für Erhöhung der Löhne, für die Forderungen der Gewerkschaften ist der Kampfboden, auf dem sich die proletarische Offensive gegen den um seine Existenz kämpfenden Kapitalismus in der Richtung des Machtkampfes der Arbeiter entwickeln muß.  
In diesem Zusammenhang muß die Partei entschlossener als bisher auf politische und organisatorische Erfassung der arbeitenden Frauen und Jungarbeiter, die durch die fortschreitende Nationalisierung für den proletarischen Machtkampf immer mehr an Bedeutung gewinnen, des Landproletariats, der Kleinbauern und der bäuerlichen Mittelklassen eingestellt werden.  
Nur die kraftvolle Durchführung der Beschlüsse des 6. Weltkongresses, des 12. Parteitages und der Landesparteiarbeiterkonferenz gibt die Gewähr, alle Fehler, Mängel und Schwächen der Partei im Unterbezirk zu beseitigen und die gesamte Parteimitgliedschaft zu aktiven Kämpfern zu erziehen.  
Die Unterbezirksparteiarbeiterkonferenz fordert die gesamte Mitgliedschaft im Unterbezirk auf, sich in den Dienst unserer Partei zu stellen, damit die Beschlüsse des Weiblinger Parteitages und die der Landesparteiarbeiterkonferenz Sachsen politisch und inhaltlich auf allen Gebieten der Massenarbeit erfolgreich durchgeführt werden.

### Kreuzzug gegen Jungpartatatus

Die „heilige“ Dreieinigkeit — Truttkapital, Staatsapparat und Gewerkschaftsbürokratie — führt einen heißen Kampf gegen die Arbeiterkraft auf allen Gebieten durch. Erwerbslosenverfürungsschub, neue Massenfeiern, Post auf Post wird auf den Rücken der Arbeiterkraft gemäht. Gleichlaufend der wirtschaftlichen Ausbeutung geht die politische Entziehung und Anhebung des Proletariats und seiner revolutionären Vorhut. Dem Verbot des KSB dem Unterdrückungsstreik gegen die KPD und den KJVD soll jetzt die schärfste und brutale Unterdrückung des revolutionären Kinderverbandes, des Jungpartatatusbundes, folgen.

Das Kameleudentum in den Schulen, die schwarze Reaktion, löst in Sachsen allerorts gegen den Winterverband vor und verläßt mit jedem Mittel die Stimme der Arbeiterkinder zu unterdrücken, mit dem Ziel: die wirklichen Verhältnisse in den Schulen der Öffentlichkeit vorzutuschen und mit dem Verbot des KSB gleichzeitig einen Schlag gegen die übrigen revolutionären Organisationen zu führen. Die Bourgeoisie mit ihren sozialfaschistischen Helfershelfern wird auf den Verbot des KSB das der KPD und des KJVD folgen lassen wenn sie braucht zur Durchführung des Youngplans Ruhe im Land.

Vor allen Dingen sind die vielerorts herausgegebenen roten Schulzetteln dem Bürgertum ein Dorn im Auge, denn die Wahrheit über die elenden Schulverhältnisse und die Tatsache,

Dienstag den 14. Januar, 19 Uhr, in den Annenläden große Protestkundgebung der Dresdner Arbeiterschaft:

### Gegen Kulturreaktion!

Gegen faschistische Terrormaßnahmen gegenüber den Arbeiterkinder und dem Jungpartatatusband.  
KPD, KJVD, JSS Dresden.

daß es trotz des Verbotes der Prügelstrafe noch überall prügelnbe Lehrer gibt, können sie nicht ertragen. Das wird leicht von den Eltern in Dresden bestätigt, die sich bitterlich beschweren und empört sind, daß Lehrer demagogisiert werden, die trotz des gesetzlichen Verbots Kinder prügeln, und daß sich in den Zeitungen der Sach bekümmert Arbeiterkinder, jagt unten Eltern, daß sie Kommunisten wählen sollen!

Die Dresdner Schilren haben natürlich nicht allein auf weiter Flur, sondern mit ihnen heute die gesamte schilische Bürgerpresse. So erschien u. a. am 20. Dezember 1929 in der Allgemeinen Zeitung Chemnitz ein Artikel, der sich mit einer Schulzeitung „Der rote Schulbein“ beschäftigte. Am Schluß des Artikels fordert man: ... hoffentlich wird auch anderwärts diesem kommunistischen Zerwürfswort entgegengetreten, unter so noch größere Verheerungen, als die bisher beobachteten, eher der Jugend anrichten kann ...

In der Tat, Aufklärung der miltlichen Schulverhältnisse, Anzögerung von prügelnbe Lehrern ist für die kommunistische Zerwürfswort und soll große Verheerungen anrichten haben. Jetzt das nicht ganz deutlich, welche Angst man vor dieser einfaßen, doch schlagträftigen Waffe der Arbeiterkinder hat? Die Arbeiterkinder soll eben nicht die Schulzeitung ihrer eigenen Kinder erfahren, denn dann könnte die ein gewichtiges Wort sprechen, und das würde der Erlösung der Arbeiterkinder zu kapitalistischen Sklaven hinderlich sein. Einstimmig verlangt die bürgerliche Presseleute die schärfsten Terrormaßnahmen gegen den KSB und seine Materialen. Welche sozialistische Willen die Bege schon gezeigt hat, seien folgende Vorfälle, die belleibig verlängert werden könnten.

In der Schulzeitung „Der rote Schulbein“ nimmt man Stellung zu einem Prügelbein. Am Tage darauf werden die revolutionären Arbeiterkinder zum Schulleiter geholt, und nach allen Regeln der Kunst verurteilt man sie auszutragen. Die dem erfolgreichen Unternehmen folgte der Besuch eines Kriminalbeamten und die Strafverurteilung eines Arbeiterkinder, die dann aber wieder zurückgenommen werden mußte.

In Dresden wiederum wurde nachfolgender Erfolg veröffentlicht:

Die Zeitschriftler in oder bei den Schulen sind, soweit möglich, hinzuhalten. Auf feierlich Teil Ertrappe bis zum Eintreffen der Polizei auch feierlich hinzuhalten, in gesetzlich zulässig. Die Sicherheitspolizei ist sofort zu benachrichtigen, damit die Vertreter feierlich ist hinzuhalten. Die Telefonnummern der zugehörigen Sicherheitspolizeiwache ist vorzupflichtig hinzuhalten und beim Schulleiter sichtbar anzubringen.

Die Kenntnisnahme von diesem Kundgebungen ist von allen Lehrenden durch Unterschrift zu bestätigen.

Dieser Erfolg ist doch in der Tat die offene, brutale Forderung des Schulleitens, sein Zweifel aus darüber daß sich die Verordnung einzig und allein nur gegen den KSB und die revolutionäre Arbeiterkraft, nicht aber gegen die nationalis-